Bekanntmachung

Feststellung des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Firma Langezaal GmbH, Tiggelwerkweg 29, 48488 Emsbüren beabsichtigt die Erweiterung eines Gewässers im Rahmen eines Sandabbaus im Landkreis Grafschaft Bentheim, Stadt Bad Bentheim, Ortsteil Bardel, in der Gemarkung Gildehaus, Flur 68, Flurstücke 28/1, 29/1, 30/1, 30/9, 30/11.

Für dieses Vorhaben ist gemäß § 7 Abs. 1 UVPG i.V.m. Nr. 13.18.1 der Anlage 1 zum UVPG die Durchführung einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich.

Im Rahmen dieser allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wurde nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG festgestellt, dass für das Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die bereits genehmigten Grenzen der Abbaustätte (ca. 24,58 ha) werden nicht erweitert. Die überschlägige Abbaumenge erhöht sich um ca. 478.829 m³ Füllsand. Die Abbaufäche vergrößert sich um ca. 1,95 ha. auf ca. 23,34 ha neue Abbaufäche.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Sämtliche zu betrachtenden Schutzgüter werden durch das Vorhaben nicht betroffen, beziehungsweise denkbare Einflüsse sind nicht erheblich.

Auf niederländischer Seite befindet sich in ca. 465 m das Natura 2000 Gebiet „Dinkelland“. Es sind keine Auswirkungen auf das Gebiet zu erwarten.

Weitere Schutzgebiete sind nicht betroffen. Ebenfalls keine Bau- oder Bodendenkmäler oder Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte.

Die möglichen erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter gemäß Anlage 3 Punkt 3 UVPG sind anhand der Nummern 1 und 2 der Anlage des UVPG aufgeführten Kriterien zu beurteilen.

Schutzgut Mensch, insbesondere menschliche Gesundheit

Während des Abbaus kommt es temporär zu Lärm und Staubentwicklungen. Erhebliche Beeinträchtigung sind nicht zu erwarten.

Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Für die notwendigen Gehölzeinschläge sind artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen dargestellt. Es kommt zu einem geringen Verlust von Wuchsfläche. Die Artenzusammensetzung und das Ökosystemgefüge ist durch die Planung nicht gefährdet.

Eine erhebliche Beeinträchtigung der Tiere, Pflanzen und biologischen Vielfalt kann daher ausgeschlossen werden.

Die Folgenutzung „Naturschutz“ wird in Form von Strukturanreicherungen, Brut- und Nisthilfen und Brutflößen optimiert.

Fläche/ Boden

Es werden ca. 478,829 m³ Füllsand entnommen. Dies hat eine Beeinträchtigung der Bodenfunktionen zur Folge. Durch die Folgenutzung „Naturschutz“ wird diese ausgeglichen.

Wasser

Durch die geplante Erweiterung sind keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das Grund- und Oberflächenwasser ersichtlich.

Luft/ Klima

Durch den erhöhten Verkehr und die Baumaschinen ist eine erhöhte Emission zu erwarten. Eine erhebliche Beeinträchtigung ist nicht zu erwarten.

Landschaftsbild

Da hier bereits ein aktiver Abbau mit der Folgenutzung Naturschutz besteht, kann eine weitere Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ausgeschlossen werden.

Kulturelles Erbe sonstige Sachgüter

Es sind keine Beeinträchtigungen zu erwarten.

Die Erweiterung hat keine zusätzlichen erheblichen Eingriffe in den Naturhaushalt zur Folge. Die im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) dargestellten Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen sind geeignet die Eingriffe in Natur und Landschaft auszugleichen.

Das geplante Vorhaben ist konkret und prüfbar dargelegt worden.

Das Vorhaben hat was die räumliche Lage, als auch die inhaltlichen Anforderungen betrifft, keine negativen Effekte. Unter Bezugnahme auf die vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen können erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Im Rahmen der Vorprüfung wurde daher festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung des Landkreises Grafschaft Bentheim als zuständiger Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien sowie der Standortgegebenheiten keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Nordhorn, den 12.08.2025
Landkreis Grafschaft Bentheim
Der Landrat